



Kurzbericht

Tagung der Fachhochschule Düsseldorf (FHD) und des Landespräventionsrates NRW (LPR) in Schloss Mickeln am 28. Juli 05 zum Thema **Berichterstattung über Kriminalitätsentwicklung – zwischen Panikmache und sachlicher Beobachtung**

In unserem Land wird nicht zutreffend über Kriminalität informiert, so klagen Kriminologen schon lange. Danach habe aktuell die Zahl etwa der Sexualmorde, Wohnungseinbrüche und Bankraube rapide abgenommen, aber in der Öffentlichkeit herrsche immer noch die Vorstellung einer ständigen Zunahme von Kriminalität. Die Politik reagiere darauf mit der Verschärfung des Strafrechts. Sie werde dazu getrieben bzw. unterstützt durch Presse und vor allem das Privatfernsehen. Die Ausnahmen seien der Hörfunk, insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Die Erhaltung der Qualität des öffentlich-rechtlichen Informationsangebotes müsse daher auch eine Aufgabe für die Kriminologie sein.

Diese öffentliche, aktuelle Auseinandersetzung- wesentlich angestoßen von Prof. Dr. **Christian Pfeiffer** - war für Frau Prof. Dr. Gisela **Losseff-Tillmanns**, Soziologin aus dem Fachbereich Sozial-und Kulturwissenschaften der Fachhochschule Düsseldorf, der Anlass, gemeinsam mit dem **Landespräventionsrat NRW**, eine Tagung zu organisieren zu dem Thema: **Berichterstattung über Kriminalitätsentwicklung zwischen Panikmache und sachlicher Beobachtung**. TeilnehmerInnen waren vorrangig JournalistInnen aus Printmedien und Rundfunk.

Frau Prof. Dr. Gisela Losseff-Tillmanns hatte sechs Experten eingeladen, ihre verschiedenen Sichtweisen zu dieser Thematik darzustellen und zu diskutieren. Diese Experten waren:

Dr. Richard **Blath**, Ministerialrat im Bundesministerium für Justiz, Wolfgang **Gatzke**, Direktor des Landeskriminalamtes in NRW; Rolf **Jaeger**, stellv. Vors. des Bundes Deutscher Kriminalbeamter; Prof. Dr. Christian **Pfeiffer**, Direktor der Kriminologischen Forschungsstelle Niedersachsen; Fritz **Pleitgen**, Intendant des Westdeutschen Rundfunks und Dr. Wolfgang **Schulz**, Direktor des Hans-Bredow-Instituts an der Universität Hamburg.

Herr Prof. Dr. **Walter**, Kriminologe der Universität zu Köln und Vorsitzender des LPR NRW, führte zu Beginn in die Thematik der Tagung ein.

Die fachkundige Moderation der Tagung hatte Helga **Kirchner**, Chefredakteurin und Leiterin der Programmgruppe Politik im WDR-Hörfunk, übernommen.

Die wesentlichen Ergebnisse dieser Tagung waren:

Nach den Daten der Polizei ist der vollendete Mord zwischen 1993 und 2004 von 666 um fast die Hälfte auf 352 Fälle zurückgegangen, der Autodiebstahl hat fast um drei Viertel abgenommen (- 73 %), zum Wohnungseinbruch verzeichnen wir eine Abnahme um 45

Prozent und zum Bankraub um 50 Prozent. Die **Gründe für den drastischen Rückgang** sind:

- Der starke Rückgang der (gefährlichen) jungen Männer bei gleichzeitigem Anstieg des Bevölkerungsanteils der (ungefährlichen) Senioren, wirkt sich aus.
- Die Polizei arbeitet erfolgreicher als je zuvor. Das Risiko der Täter, erwischt zu werden, hat seit 1993 um gut ein Fünftel zugenommen
- In über 1.000 Städten und Landkreisen sind seit Anfang der neunziger Jahre kommunale Präventionsräte entstanden.
- Eine deutlich verbesserte technische Prävention in Wohnungen, Betrieben, Banken und Autos hat sehr zum Rückgang der Straftaten beigetragen.

Die Realität der Kriminalitätsberichterstattung zeigt jedoch **systematische Verzerrungen**. Es ist eine starke Überrepräsentation von Gewaltkriminalität gegenüber der „Realität“ festzustellen, insbesondere bei überlokalen Medien. Im Fernsehen, vor allem im Hörfunk, sind deutliche Unterschiede zwischen den Berichten in Programmen öffentlich-rechtlicher und privater Anbieter festzustellen. Gegen Voyeurismus und Sensationsmache setzt der öffentlich-rechtliche Rundfunk journalistisch verantwortliches Handeln, vorrangig in Bezug auf die Opferdarstellung. Trotzdem gilt insgesamt: JournalistInnen übernehmen sehr schnell die Interpretationen von Kriminalstatistiken durch andere, insbesondere durch die Polizei. Sie beachten dabei zu wenig folgende Feststellung von Kriminologen: "Die polizeiliche Statistik ist ein Arbeitsausweis der Polizei, nicht unbedingt ein Ausweis für das reale Geschehen."

Die **Aussagekraft der Polizeilichen Kriminalstatistik** wird vor allem dadurch eingeschränkt, dass der Polizei ein Teil der begangenen Straftaten nicht bekannt wird. Der Umfang dieses Dunkelfeldes kann sich im Zeitablauf ändern. Deshalb ist die Langzeitentwicklung von Kriminalität in den verschiedenen Deliktbereichen in die Bewertung mit einzubeziehen. Als weitere Einflussfaktoren können auf die Kriminalstatistik einwirken: das Anzeigeverhalten der Bevölkerung (z.B. durch Medienveröffentlichungen, Versicherungsaspekte), die polizeiliche Kontrolle und die Änderung des Strafrechts.

Diese verschiedenen Aspekte der Beobachtung von Kriminalität in unserer Gesellschaft erschweren dem nicht kriminologisch vorgebildeten Journalisten die **Interpretation der Kriminalstatistiken**. Eine differenzierte Betrachtungsweise ist aber erforderlich um die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik nicht als reines Spiegelbild der Kriminalitätswirklichkeit zu nehmen, sondern nur als starke Annäherung an die Realität. Der Zeitdruck in der journalistischen Arbeit, verursacht durch Personalabbau und neue Techniken, und die Jagd nach Quoten bzw. Auflagenzahlen führen jedoch zu einer vereinfachten Betrachtungsweise und damit zu den systematischen Verzerrungen in der Kriminalitätsberichterstattung. Damit werden aber die **verfassungsrechtlich vorgegebenen Ziele für die öffentliche Meinungsbildung gefährdet**, indem journalistische Qualitätsstandards nicht mehr greifen.

Übereinstimmend wurden bei dieser Tagung aber auch **Verdienste der Medien** benannt, insbesondere der seriösen Tagespresse, die zum Wandel gesellschaftlicher Einstellungen beigetragen haben, etwa zur Ächtung von Gewalt. Genau das habe zu dem veränderten Anzeigeverhalten in bezug auf Gewaltdelikte gegenüber Frauen und Kindern geführt.

Insgesamt waren sich die Experten und TeilnehmerInnen dieser Tagung darin einig, dass dringend **verbesserte Informationsangebote von seiten der Wissenschaft, der Justiz und der Polizei erforderlich** sind.

Dazu gehören insbesondere:

- eine weitere journalistische Professionalisierung zum Themenbereich Kriminalität (z.B. in der Journalistenausbildung)
- eine weitere Stärkung der Entwicklung von Medien mit Vorbildfunktion (Beispiel: öffentlich-rechtlicher Rundfunk)
- Versorgung der Journalistinnen und Journalisten mit Expertisen

An diesen letzten Lösungsvorschlag knüpft das **Informationsportal JOURNASCIENCE** an. Dieser von Prof. Dr. Gisela Losseff-Tillmanns entwickelte und von der Fachhochschule Düsseldorf geförderte Online-Informationssdienst wurde bei der Tagung vorgestellt. JOURNASCIENCE versteht sich als Unterstützungsangebot für die Recherchearbeiten von Medien aller Sparten mit Daten und Fakten zum Thema Kriminalität. Dieser Online-Service ist ein wichtiger Beitrag der Wissenschaft – wie er von Kritikern der aktuellen medialen Berichterstattung eingefordert wird - zur **Erhaltung der Qualität eines öffentlich-rechtlich gestalteten Informationsangebotes**.

G. Losseff-Tillmanns

10. August 2005